

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die „Ampel“ steht, der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien ist unterzeichnet und Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Das neue Kabinett beginnt zu regieren und muss sich zuallererst um mehr Klarheit bei der Pandemiebekämpfung kümmern. Corona ist eine epidemiologisch-medizinische Herausforderung und gleichzeitig treffen die Schutzmaßnahmen mit den damit verbundenen Beschränkungen den Nerv vieler Menschen und verunsichern die Gesellschaft insgesamt. Das Klima wird rauer. Die „Ampel“ will Orientierung geben und kann zuweilen auf „rot“ springen, wenn eine Gefahr zu groß wird. „Grün“ ist jedoch das Koalitionsparadigma, sowohl im Hinblick auf den unmittelbaren Klimaschutz als auch für die sozial-ökologische Marktwirtschaft als Grundlage einer freien und gerechten Gesellschaft mit nachhaltigem Wohlstand.

Der erste Beitrag geht der Frage nach, ob nun auch bei der Prävention „mehr Fortschritt“ gewagt werden soll. Vor dem Hintergrund eines Präventionsansatzes, der gefährlichen, risikogeneigten sowie schädlichen Entwicklungen zuvorkommen und zugleich die positiven Potenziale in der Gesellschaft nutzen sowie stärken will, werden zentrale Aussagen zitierend hervorgehoben und kommentierend eingeordnet. Auch soll Auskunft gegeben werden, inwieweit für „die Prävention“ in Deutschland bessere Rahmenbedingungen zu erwarten sind.

Vorab kann bereits gesagt werden, dass die Wahlprogramme der Koalitionsparteien ihren Eingang in den Vertrag bekommen haben. Bei der SPD hieß es: *„Durch vorbeugende Maßnahmen wollen wir verhindern, dass Bürger:innen Opfer von Kriminalität werden. Gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Kinder-, Familien- und Integrationspolitik bilden die notwendige Basis einer erfolgreichen Prävention.“* Bündnis 90/Die Grünen forderten einen *„Paradigmenwechsel hin zu einer neuen progressiven und rationalen Sicherheits- und Kriminalpolitik“* und die FDP plädierte dafür, dass: *„Sicherheit nicht zulasten der Grundrechte unbescholtener Bürgerinnen und Bürger gehen“* dürfe.

Das DFK wird daran mitwirken, die Präventionsziele einer modernen Kriminal- und Gesellschaftspolitik zu erreichen, und freut sich als neuen Kuratoriumspräsidenten den Bundesminister der Justiz, *Marco Buschmann*, begrüßen zu dürfen.

Nancy Faeser ist Bundesministerin des Innern und für Heimat und hat sogleich einen Schwerpunkt bei Bekämpfung des Rechtsextremismus gesetzt. Zwei Beiträge befassen sich mit dieser Herausforderung.

Stefan Goertz erläutert extremistische Einflussnahmen auf die Corona-Proteste: „Querdenker“, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie Rechtsextremisten versuchen mit strategischer Absicht, ideologisch Einfluss zu nehmen. Im Mittelpunkt stehen Agitation gegen die Schutzmaßnahmen sowie die Delegitimierung des Staates und seiner Repräsentanten.

Stefan Tepper untersucht die „Abwendung von Szeneangehörigen aus ihren rechtsextremistischen Kontexten“ mit den damit verbundenen Motiven und Ambivalenzen in einem solchen Prozess.

Marcus Kober berichtet schließlich über Ansätze zur Wirkungsermittlung und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention.

Das EUKITEA-Theater (*Stephan Eckl*) greift „Prävention“ als kulturelles Thema immer wieder auf. „Marco, bist du stark?“ heißt die neue Produktion zum Thema „Umgang mit starken Gefühlen“: Warum radikalisieren sich Jugendliche? Was macht sie anfällig für Vorurteile und extremistische, lebensfeindliche Ideologien? Was lässt ihr Herz so erkalten, dass sie bereit sind, Menschen, die anders denken oder fühlen, mit Gewalt zu begegnen? EUKITEA geht diesen Fragen nach und sucht – gemeinsam mit den Zuschauer:innen – Antworten.

Voraussetzung jeglicher Zusammenarbeit, so auch von muslimischen Akteuren und der Polizei, sind Respekt, Wertschätzung und die Bereitschaft, sich in die Rolle des Gegenübers hineinzusetzen. Hier setzt die Arbeit des „Kooperationsnetzwerkes – Sicher Zusammenleben“ (KoSiZu) an, das im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verortet ist. *Lydia Boer* skizziert Entwicklung,

Ziele und Zuständigkeitsbereiche des KoSiZu.

Die kommunale Ebene betrifft sodann der Beitrag „Sicherheit im Ludwigsburger Bahnhofsviertel“ (SiLber) von *Markus Faigle, Laura Härle, Ina Hennen & Ines Hohendorf*: Der Ludwigsburger Bahnhof ist vielfältigen Nutzungskonflikten ausgesetzt, was zu Spannungen und einem schwindenden Sicherheitsgefühl der Bürger:innen führt. Im Rahmen des Verbundprojektes untersucht daher die Stadt Ludwigsburg gemeinsam mit der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement der Eberhard Karls Universität Tübingen die lokalen Sicherheitsbedarfe und entwickelt neue Sicherheitslösungen.

Der „Schutz von gefährdeten Orten im öffentlichen Raum“ ist das Thema seitens der Polizeilichen Kriminalprävention: Ein Leitfaden der Polizei bietet Kommunalverantwortlichen Hilfestellung bei der Entwicklung von Zufahrtsschutzkonzepten, wie *Julia Christiani* berichtet.

Liebe Leserin, lieber Leser,

für die Prävention wenig erfreulich ist, dass die noch verbliebenen Kollegen des „Nationalen Zentrums für Kriminalprävention“ (NZK) zum Jahresende ihre Arbeit einstellen müssen. Das vom Bundesministerium des Innern, für Bau und für Heimat (BMI) finanzierte Projekt einer wissenschaftlichen Arbeitsstelle ist damit beendet. Eine Bilanz wird Anfang des kommenden Jahres zu ziehen sein. Ein besonderer Dank gilt allen Beteiligten, die sich konstruktiv eingebracht haben.

In der Weihnachtszeit und zum Jahresende haben wir die Chance, etwas besser zur Ruhe zu kommen und über die Zeitläufte nachzudenken. Ich wünsche Ihnen persönliche Zufriedenheit und ein andauerndes Wohlbefinden. Vielleicht können Sie dadurch die notwendige Kraft tanken, um im neuen Jahr 2022 die wichtige Präventionsarbeit im Sinne von „Mehr Fortschritt wagen“ fortsetzen zu können.

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch wünschen Ihnen Vorstand und Geschäftsstelle.

**Herzliche Grüße
Ihr Wolfgang Kahl**